

International

«Jeder, der illegal in dieses Land kommt, wird weggeschickt»

Einwanderung nach Grossbritannien Die Regierung will Bootsflüchtlinge mit einem neuen Asylgesetz stoppen. Menschenrechtsorganisationen sehen darin einen Verstoss gegen internationales Recht.

Alexander Mühlauer, London

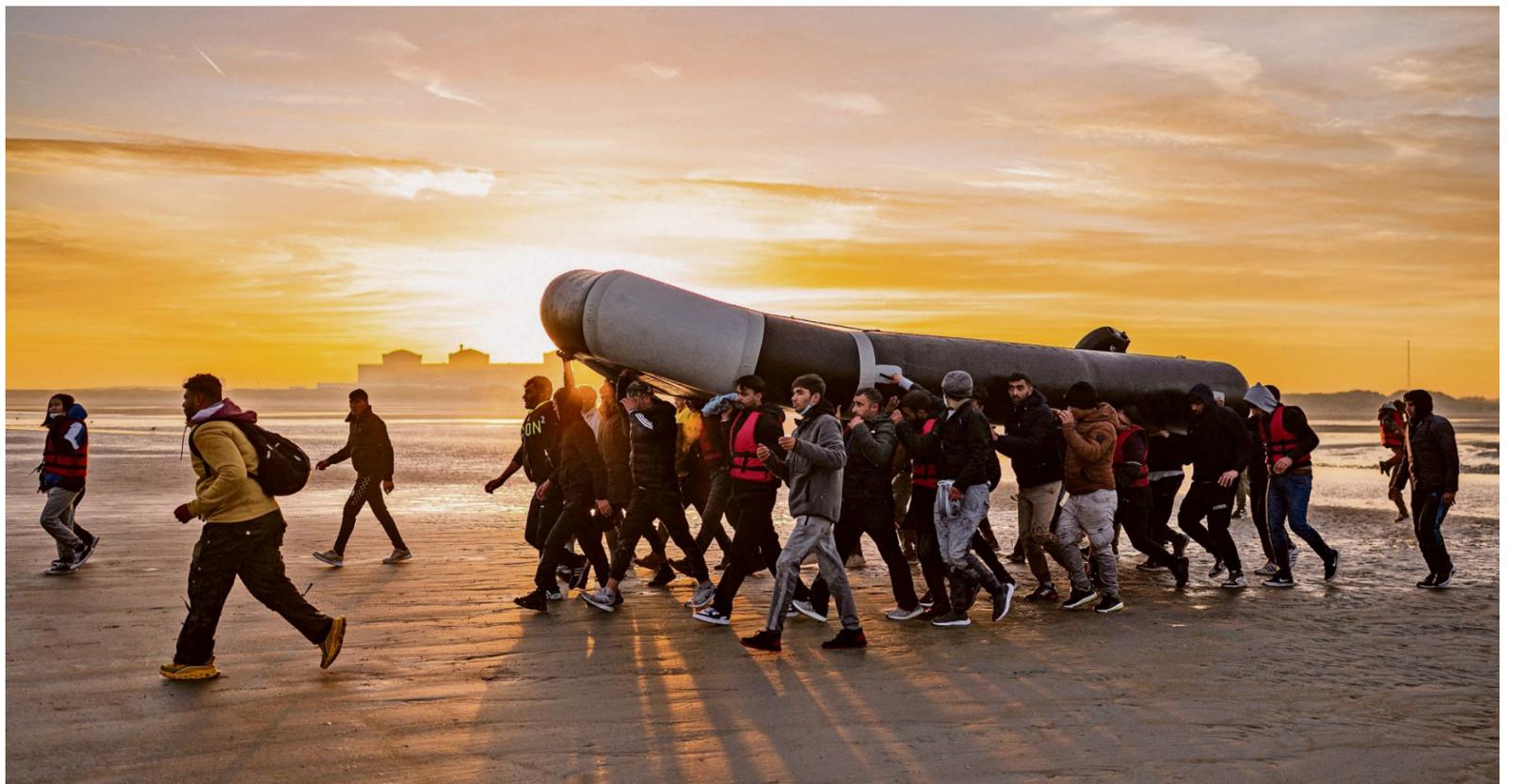
Eines der Versprechen, die Rishi Sunak zum Jahresbeginn gegeben hat, lautet: Wir stoppen die Boote, we stop the boats! Der britische Premier meint damit die Boote von Schleppern, die Menschen illegal über den Ärmelkanal nach Grossbritannien bringen. Laut der britischen Regierung waren es allein im vergangenen Jahr 45'728, die auf diesem Weg ins Vereinigte Königreich gekommen sind.

Damit soll nun Schluss sein. Mit einem neuen Gesetz will London dafür sorgen, dass all jene, die illegal ins Land gelangen, umgehend wieder abgeschoben werden – entweder in ihr Heimatland oder einen sicheren Drittstaat. Das Recht, Asyl zu beantragen, soll ihnen in Grossbritannien versagt werden. Erst wenn sie abgeschoben sind, sollen ihre Anträge aus der Ferne angehört und geprüft werden.

Ende der Geduld

«Genug ist genug», sagte die britische Innenministerin Suella Braverman, als sie den Gesetzesentwurf am Dienstag im Unterhaus vorstellte. Die Geduld des britischen Volkes sei erschöpft, deshalb werde die Regierung nun handeln und die Schlepperboote stoppen. Braverman sagte, sie sei zuversichtlich, dass dies im Einklang mit internationalem Recht gelinge. Etwas deutlicher wurde sie bereits vor ihrem Auftritt im Parlament. Dem «Daily Telegraph» sagte Braverman: «Wir haben die Grenzen des internationalen Rechts ausgereizt, um diese Krise zu lösen.»

Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Gesetzesvorhaben scharf. In den Augen des britischen Flüchtlingsrats verstösst Grossbritannien damit gegen seine Verpflichtung im Rahmen der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen, Menschen unabhängig von ihrem Ankunftszeitpunkt eine faire Anhörung



Vorbereitungen für die Überfahrt über den Ärmelkanal: Migranten tragen ein Schmutzboot am Strand in Nordfrankreich. Foto: Sameer Al-Doum (AFP)

zu gewähren. «Das Gesetz wird Menschen nicht davon abhalten, den Ärmelkanal zu überqueren. Es wird nur das Trauma der Menschen in diesen Booten vergrössern und Grossbritanniens Ruf weltweit schädigen», sagte Laura Kyrke-Smith von der Rettungsorganisation International Rescue Committee UK. Bis das Gesetz tatsächlich in Kraft tritt, könnten Monate vergehen. Es wird mit Widerstand im Oberhaus gerechnet, was ein «Pingpong» zwischen beiden Kammern auslösen könnte.

Auch grosse Teile der Opposition warfen der Regierung vor, gegen geltendes Recht zu verstossen. Labour-Chef Keir Starmer zweifelte an, dass die Pläne

rechtlich Bestand haben werden. Aus Regierungskreisen verlautete, man gehe davon aus, dass die Rechtmässigkeit des Gesetzes vor Gericht geklärt werde – aber wohl erst nach der Unterhauswahl im kommenden Jahr.

Für Sunak hätte dies den Vorteil, dass er im Wahlkampf zu



Will das Asylrecht verschärfen: Rishi Sunak. Foto: Getty Images

mindest behaupten kann, ein Brexit-Versprechen einzulösen: nämlich die Kontrolle über die eigenen Grenzen wiederzugewinnen. Take back control, heisst der Schlachtruf der Brexiteers, der bis heute nicht verstummt ist. Und so versprach Sunak der Boulevardzeitung «Sun», dass dies mit dem neuen Gesetz «ein für alle Mal» geschehen werde. «Dieses Gesetz wird ein klares Signal senden, dass jeder, der illegal in dieses Land kommt, weggeschickt wird.»

Treffen mit Macron

Am Freitag wird Sunak für Gespräche mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Paris erwartet. Der Premier

will versuchen, zusammen mit Frankreich einen Weg zu finden, gegen die Schlepperbanden am Ärmelkanal vorzugehen. Doch so einfach ist das nicht. Neben den rechtlichen Hürden gibt es noch allerlei praktische Probleme – nicht nur an der französischen Küste, sondern auch bei Sunak zu Hause.

Schliesslich müssen die Menschen, die illegal nach Grossbritannien kommen, zunächst einmal untergebracht werden. Bisher werden dafür vor allem Hotels und stillgelegte Militärräume genutzt. Laut Innenministerium liegt die Zahl unbearbeiteter Asylanträge derzeit bei 160'000. Ist das neue Gesetz erst einmal in Kraft, soll es auch für

diese Altfälle rückwirkend gelten. Die Frage ist allerdings, ob es der Regierung überhaupt gelingt, Menschen wie geplant binnen 28 Tagen abzuschicken. Mit Ruanda, einem sicheren Drittstaat, hat London bereits einen umstrittenen Migrationspakt geschlossen und dem Land dafür 140 Millionen Pfund gezahlt, umgerechnet etwa 156 Millionen Franken. Die Vereinbarung sieht vor, dass Migranten nach der Abschiebung aus Grossbritannien in Ruanda Asyl beantragen und – wenn es ihnen gewährt ist – dort leben können. Da jedoch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte einschritt, gab es bisher noch keinen einzigen Abschiebeflug nach Ruanda.

In Bozen tobt ein Machtkampf in der Medienwelt

Südtirol Der Quasimonopolist Athesia verklagt seinen kleinen, unbequemen Konkurrenten «Salto» – um ihn mundtot zu machen?

Südtirol ist eine kleine Welt, reich und schön, eine halbe Million Einwohner. Ein bisschen entrückt in den Bergen, still beneidet vom Rest Italiens, weil da oben ja alles so viel besser funktionieren soll. Manchmal aber kommen von da oben auch Nachrichten, die das provinzielle Korsett sprengen und nicht gut ins hübsche Bild passen. Wie jetzt wieder. Über den Tälern Südtirols liegt die Sorge, die Pressefreiheit sei in Gefahr und mit ihr die Demokratie insgesamt.

So jedenfalls sehen es die Macher und Unterstützer von «Salto», einem kleinen, erfolgreichen Nachrichtenportal im Netz, unabhängig und einzigartig zweisprachig. In einem vollen Kinosaal in Bozen haben sie die Öffentlichkeit darüber informiert, dass ihnen der grosse und schier

übermächtige Medienkonzern in der Region, die Athesia AG von Michl Ebner, eine Verleumdungsklage in der Höhe von 150'000 Euro zugestellt habe.

Bei «Salto» nennen sie es einen «Frontalangriff», eine Kampagne der «Einschüchterung», um sie «mundtot» zu machen. Und wenn man dieser Praxis der «strategischen Klage» nicht wehre, dann werde das Schicksal auch andere ereilen. Bis nichts mehr da ist, nur noch Athesia.

Nun muss man dazu wissen, dass Athesia jetzt schon rund 80 Prozent des Medien- und Anzeigenmarktes hält im Trentino und in Südtirol. Zum Portfolio gehören unter anderem die drei grössten Tageszeitungen in der Region: die deutschsprachige «Dolomiten» und die italienischsprachige «Alto Adige» in Süd-

tirol sowie «L'Adige» im Trentino. Dazu Onlineplattformen, Radiosender, ein Buchverlag, eine Werbeagentur. Die italienische Aufsichtsbehörde im Kommunikationswesen beschrieb die Lage in einem Bericht als «bedenkenswerte publizistische Konzentration».

Schaluppe gegen Dampfer

Zuweilen nennt man die Verlagsgruppe auch den «Platzhirsch», eine Metapher aus der Tierwelt, die gut in die Region passt. «Was in Südtirol passiert, steht in den «Dolomiten», sagt man vor Ort. «Was nicht in den «Dolomiten» steht, ist nicht passiert.» So lässt sich auch schon mal eine unliebsame Affäre unter den Teppich wischen.

«Wir sind eine Schaluppe im Wettstreit mit einem Ozean-

dampfer», sagt Christoph Franceschini, der berühmteste und profilierteste Autor von «Salto», früher lange sein Chefredaktor. «Wenn wir den Dampfer nicht beleuchten, dann erfüllen wir unsere Aufgabe nicht.»

In Wahrheit ist «Salto» mit seinem forschenden Tonfall und seinen Scoops zusehends zu einem Stachel im Fleisch des alten Machtgefüges in Südtirol geworden – und von Athesia, die über dieses alte Machtgeflecht auch schon mal ihr Mäntelchen des Schweigens legt. In der kritischen Bevölkerung und unter Entscheidungsträgern liest man «Salto». Man erfährt da auch Dinge, die nicht in den «Dolomiten» stehen, obschon sie es vielleicht verdient hätten.

Athesia beanstandet insgesamt 58 Artikel mehrerer Autoren von «Salto», die in den ver-

gangenen vier Jahren erschienen sind. In der einen oder anderen Form rückten alle die vorherrschende Stellung von Athesia und die angeblichen Interessenkonflikte von deren Chef Michl Ebner in den Fokus.

Leicht entflammbares Klima

Ebner ist eine prominente Persönlichkeit, Unternehmer und Politiker. Für die Südtiroler Volkspartei, die dauerregierende SVP, sass er im italienischen und dann im europäischen Parlament. Seit vielen Jahren ist er auch Vorsitzender der Südtiroler Handelskammer. Da kommt also viel zusammen. «Für mich», sagt Franceschini, «ist diese Vorherrschaft demokratiepolitisch nicht tragbar.»

Athesia rechtfertigt ihre Klage damit, dass «Salto» gegen sie «mediales Stalking» betreibt.

«Mit der Zeit ist es schon etwas viel geworden», sagt Elmar Pichler Rolle, der Sprecher von Athesia. Er war früher Chefredaktor der verlagseigenen Wochenzeitung «Zett» und zwischenzeitlich Obmann der SVP. «Jetzt haben wir halt diesen Schritt gesetzt.» Der Konzern habe über die Jahre immer wieder Richtigstellungen eingefordert, die «Salto» auch veröffentlicht habe. «Teilweise wurden sie mit süffisanten Kommentaren versehen.»

Das Klima ist eben leicht entflammbar. Im kommenden Oktober finden in Südtirol Landtagswahlen statt. Da ist es natürlich entscheidend, dass die Kanäle der Meinungsbildung vielfältig sind. Und frei. Schliesslich ist das eine Demokratie.

Oliver Meiler, Rom